Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 19 (1925)
Heft: 2

Artikel: Zur Weltlage : die Revision des Versailler Vertrages
Autor: Ragaz, L.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-135281

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

weh des alten Lebens vergessen und eingehen dürfe in die Erfüllung der Hoffnung der Welt. Denn hat nicht jedes Schiff, das seinen Kiel westwärts richtete, die Hoffnungen von unzähligen Geschlechtern unterdrückter Menschen anderer Länder getragen? Wie haben immer wieder die Herzen der Menschen gezagt, wenn die Küsten Amerikas vor ihren Blicken aufstieg! Wie haben sie immer gemeint, dass, wer dort wohne, endlich die Könige, die privilegierten Klassen und all die andern Bande dieser Art, die den Menschen in Entmutigung und Hilflosigkeit festhielten, los sei, und dass er in den Vollgenuss der Empfindung seiner Menschenehre trete, und dass er einer von der grossen Gemeinschaft von Brüdern sein werde, wo man einander nicht auszubeuten und zu betrügen trachtet, sondern das Wohl aller zu schaffen sucht.

Was liest man in den Schriften der Menschen, die Amerika gegründet haben? Etwa dass es darauf ankomme, den selbstischen Interessen Amerikas zu dienen? Findet ihr dies in ihren Schriften? Nein, dass es gelte, der Sache der Menschheit zu dienen, der Menschheit Freiheit zu bringen. Sie pflanzten hier in Amerika ihre Fahne auf als in einem Zelte der Hoffnung, als ein Seezeichen der Ermutigung für alle Völker der Welt; und die Menschen drängten sich zu diesen Küsten in einer Erwartung, die niemals vorher bestand, mit einer Zuversicht, die sie vorher nie zu fühlen wagten, und fanden hier für Generationen miteinander einen Hafen des Friedens, der Gleichheit, der neuen Lebensmöglichkeit.

Gebe Gott, dass wir in dem verwickelten Zustand der heutigen Dinge diese Fahne wieder entdecken und die Taten dieser Heldenzeit wiederholen mögen. (Aus „Neue Freiheit".)

Zur Weltlage

Die Revision des Versailler Vertrages.

1. Vorbemerkung: Das Morgansche Gutachten.

Mein Alarmruf in Bezug auf das, was ich die „deutsche Gefahr" genannt habe, und auf den Gaskrieg, hat in der Presse der deutschen Schweiz, so viel ich sehe, keine Beachtung gefunden. Daran bin ich gewöhnt. Wenn es einem journalistischen Buschklepper einfällt, irgend eine neue Verleumdungskampagne gegen uns zu inszenieren, so kann sie noch so niedrig und läppisch sein, sie wird von mindestens einigen Dutzenden von Blättern aufgenommen, oder wo man einmal irgend ein nebensächliches Sätzlein in einer Nebensache herausgreifen und richtig aufmachen kann, dass es seinen Dienst tut,

dann wird die Gelegenheit nicht versäumt. Von all den grossen und wichtigen Dingen aber, die je und je in den „Neuen Wegen“ verhandelt werden, hütet man sich aufs ängstlichste, ein Wörtlein zu sagen. Da kann es um das Schicksal der Schweiz, ja Europas gehen, was kümmert das diese Pfleger der öffentlichen Meinung? Irgend ein verleumderischer Klatsch ist hundertmal wichtiger.

Im Falle des Morgan-Gutachtens war es halt auch das hochentwickelte Selbstgefühl unserer Weltpresse, das ihr nicht erlaubte, zu tun, als ob sie nicht von selbst zum Rechten sehe und jederzeit aufs feinste orientiert sei, und darum auf solche dii minorum gentium, wie Förster oder gar Ragaz, acht zu geben brauche. Dagegen ist durch einen Artikel von Prof. Seippel im Journal de Genève die Aufmerksamkeit der welschschweizerischen und damit der französischen Presse auf die Sache gelenkt worden. So freundschaftlich und hochherzig nun auch Prof. Seippels Absichten waren, fürchte ich doch, der Sinn meines Artikels sei dadurch ein wenig in ein falsches Licht gekommen. Es lag darin nach meiner Absicht weder eine besondere Warnung für die Schweiz (an eine besondere schweizerische Gefahr habe ich gar nicht gedacht) noch eine vor Deutschland. Die „deutsche Gefahr“ ist nach meiner Ansicht ebensogut eine für Deutschland, wie für die übrige Welt. Ich habe die deutschen Rüstungen, falls sie Tatsache seien (wie ich freilich glaube), begreiflich gefunden, es abgelehnt, sie moralisch zu verurteilen und bloss die Gefahr festgestellt, die darin für Deutschland und die ganze Welt liege. Ausdrücklich gewarnt habe ich davor, dass man aus den Feststellungen Morgans, falls sie sich bewährten, Folgerungen zu ungunsten Deutschlands ziehe, etwa im Sinne eines „Kreuzzuges“ gegen dieses; nicht ein neuer Kreuzzug gegen Deutschland, sondern einer gegen den Krieg sei dann notwendig — wobei übrigens mein Weckruf vor allem auf den Giftgaskrieg Bezug hatte, der heute in den Laboratorien einer der Hölle verkauften Wissenschaft vorbereitet wird.

Auf dieser Linie möchte ich heute weitergehen und einiges sagen, was mir schon lange anliegt. Und zwar nun besonders in Bezug auf Deutschland und sein Verhältnis zu den Nachbarvölkern.[1])

2. Der Versailler Vertrag und wie er revidiert werden kann.

Wenn die „deutsche Gefahr“ im Interesse Deutschlands selbst wie der ganzen Welt gebannt werden soll, dann ist die Vorbedingung selbstverständlich Gerechtigkeit für Deutschland — freilich nicht für es allein und auf Kosten anderer, viel-

[1]) Auf das Morgansche Gutachten (das ich inzwischen in extenso lesen konnte) und allerlei, was damit zusammenhängt, gedenke ich im Märzheft zurückzukommen.

mehr Gerechtigkeit für alle, aber in diesem Rahmen doch auch Gerechtigkeit für Deutschland. Was kann diese bedeuten und wie ist sie zu schaffen?

Hier tritt uns der Versailler Vertrag und die Forderung seiner Revision entgegen. Was ist davon zu halten?

In der Verurteilung gewisser Teile des Versailler Vertrages und in der Anerkennung seiner Revisionsbedürftigkeit sind wohl heute alle verständigen und anständigen Menschen im stillen einig. Aber wenn es sich um die Ausführung handelt, dann türmen sich gewaltige, scheinbar unüberwindbare Schwierigkeiten auf. Vor allem ist eine Tatsache zu bedenken: eine direkte Aufrollung der ganzen Revisionsfrage etwa vor einer Staatenkonferenz hätte ohne Zweifel auch eine Aufrüttelung aller schlimmen Geister, ein Aufflammen aller halberloschenen üblen Leidenschaften zur Folge; sagen wir es kurz: sie hätte den neuen Weltbrand zur Folge, also das genaue Gegenteil dessen, was wir doch mit einer solchen Revision herbeiführen wollten. Weder die neugebildeten Oststaaten, noch Italien, noch Frankreich liessen sich das durch die Friedensverträge Gewonnene einfach nehmen, ohne sich gewaltsam zu widersetzen. Es muss ein anderer Weg gesucht werden. Und was für einer?

Ich antworte: der Vertrag von Versailles muss revidiert werden, aber nicht rückwärts, sondern vorwärts.

Was meine ich damit?

Ich meine, dass wir entschlossen darauf verzichten müssen, in irgend einem grösseren Umfang die Zustände wieder herzustellen, die vor dem Kriege bestanden haben, dass wir also den Friedensvertrag im Grossen und Ganzen bestehen lassen, aber unsere ganze Kraft daran setzen sollen, neue Zustände zu schaffen, durch die das, was an jenen Verträgen falsch ist, aufgehoben oder gut gemacht wird. Die Hilfe liegt nicht im Rückwärts, sondern im Vorwärts. Nicht das ist die Aufgabe, mit Heimweh oder Zorn und Rachelust im Herzen den Versuch zu machen, möglichst viel von den alten Grenzen, den alten Besitzungen, den alten nationalen Herrlichkeiten wieder herzustellen, sondern ganz neuen Zielen des Völkerlebens nachzustreben.

Welches sind diese Ziele?

Ich gehe, um sie ins rechte Licht zu setzen, von den konkreten Fragen und Schwierigkeiten aus, die heute Europa (ich denke nun vor allem an dieses) verstören und vergiften. Sie sind, so viel ich sehe, von zweierlei Art, nämlich entweder nationaler oder wirtschaftlicher Art.

Die nationalen Fragen und Schwierigkeiten entstehen dadurch, dass gewisse Gebiete nicht zu den Staatsverbänden gehören, zu denen sie nach Sprache und Kultur zu gehören scheinen, vielleicht

auch selbst gehören möchten. So liegt der Fall, um gerade das krasseste Beispiel zu nennen, in dem deutschsprechenden Südtirol; so aber auch — unter freilich sehr andersartigen Umständen — in Elsass-Lothringen; so in Oberschlesien, so in Nordschleswig, in Ostpreussen, so in beinahe zahllosen Gebieten des Ostens und Südostens von Europa. Dabei herrscht fast überall Gegenseitigkeit, insofern auch solche Länder, die Stücke fremder Nationalitäten einschliessen, ihrerseits wieder Klage führen, dass Teile ihrer natürlichen Volksgenossen gegen ihren Willen in fremder Staatszugehörigkeit festgehalten würden. So gehören zwar in Nordschleswig hunderttausende von Deutschen jetzt zu Dänemark, es sind aber auch zehntausende von Dänen bei Deutschland geblieben;[1]) so hat Polen Gebiete bekommen, wo die Deutschen in Mehrheit sind, aber es sind auch Polen in grosser Zahl unter deutscher Staatshoheit geblieben und so fort. Wieder eine besondere Form des Problems entsteht da, wo grosse Stücke eines Volkstums sich infolge der Friedensverträge isoliert und machtlos vorkommen und sich nach Anschluss an einen grösseren, stammverwandten Volksverband sehnen, wie die Deutschböhmen und in ihrer Mehrheit die Oesterreicher.

Die wirtschaftlichen Fragen und Schwierigkeiten entstehen dadurch, dass gewissen Staaten Gebiete genommen worden sind, die für sie von grosser ökonomischer Bedeutung waren. Das gilt vor allem für die Eisenerze von Lothringen und das Kali des Elsass, die Deutschland verloren hat, dazu von Oberschlesien und — mit Vorbehalt — von seinen Kolonien. Das gilt von Oesterreich, insofern es scheint, als ob das neue Staatsgebilde als wirtschaftliche Einheit nicht recht lebensfähig sei; es gilt von Bulgarien, insofern ihm der Zugang zum ägäischen Meer versperrt ist; es gilt von Jugoslavien, insofern Italien es vom adriatischen Meere nach Möglichkeit abhalten möchte; es gilt von Russland, insofern als dieses immer noch nicht, so wie es seit Jahrhunderten wünscht, zum freien Meer gelangt ist, und es gilt noch in vielen anderen Fällen, die nicht alle aufgezählt werden müssen — wie es ja auch von fast allen Problemen der Weltpolitik gilt.

Wie sind diese Fragen und Schwierigkeiten zu lösen? Ist es möglich, die Grenzen so zu gestalten, dass alle Nationalitäten zu dem ihnen entsprechenden Staatsverbande gelangen? Ist es möglich, dies gleichzeitig so zu machen, dass für die wirtschaftlichen Interessen der Völker am besten gesorgt, ja überhaupt gesorgt ist? Die Antwort auf diese Fragen ist zweifellos; sie kann nur ein Nein sein. Dieser Weg ist nicht gangbar; er würde nur zu ewigem Krieg

[1]) Die Art und Weise, wie das demokratische Dänemark es ablehnte, weite Gebietsteile zu bekommen, die es leicht hätte erhalten können, aber nach seiner Meinung nicht mit Recht, ist ein wahrhaft vorbildliches und einzigartiges Beispiel internationaler Weisheit und Loyalität.

und damit zum endgültigen Ruin Europas (und der Welt) führen. Wir müssen einen andern suchen. Gibt es einen?

Ja, es gibt einen; und er scheint mir für alle, die Augen haben, klar vorgezeichnet. Es ist, entsprechend der doppelten Problemstellung, ein doppelter Weg; aber es ist im Grunde nur einer: der Weg zu einer neuen Ordnung der Völkerwelt.

Für die Lösung der nationalen Schwierigkeiten gibt es, wie mir scheint, nur einen Weg: ich nenne ihn den einer möglichst weitgehenden Entstaatlichung. Wir müssen entschlossen darauf verzichten, dass alles, was national gleichartig ist, zum gleichen Staatsverbande gehören solle. Das ist nicht nur nicht möglich, sondern es wäre auch gar nicht gut. Denn auf diese Weise vermehrten wir nur noch jenen engen Nationalismus, der eine Wurzel des Krieges ist. Jenes falsche Ideal des nationalen Zusammenschlusses stammt aus der heidnischen Abgrenzung eines Volkes gegen das andere, die wir nun endlich überwinden sollten. Aus diesem Grunde dünkt es mich keineswegs wünschenswert, dass das heutige Oesterreich einfach zu dem heutigen deutschen Reiche komme, und keineswegs wünschenswert, dass Deutschböhmen diesen Weg gehe. Es ist vielmehr dringend zu wünschen, dass Oesterreich ein selbständiges Bindeglied zwischen der deutschen und der slavischen Welt bleibe und immer mehr werde und dass die Deutschböhmen der Tschechoslovakei ein Kulturelement hinzufügen, das diese zu einem desto wertvolleren Gebilde macht. Eine nähere Verbindung der einstigen Teile der österreichischen Monarchie unter sich scheint mir dabei auf die Länge unvermeidlich. Und ganz allgemein gehört es nicht bloss zu Reichtum und Mannigfaltigkeit des Völkerlebens, sondern auch unmittelbar zur Herstellung von Verständnis und Liebe zwischen den Völkern, dass überall nicht bloss Fremdes auf Fremdes stosse, sondern Uebergänge, Vermittlungen, Verbindungen vorhanden seien, und als solche dienen eben diejenigen Elemente eines Staatsverbandes, die in Bezug auf nationale und kulturelle Eigenart enger mit einem andern Volk verbunden sind, als mit der Mehrheit der Glieder des eigenen Staatsverbandes. So kann und soll das, was jetzt als ein zwischen die Völker geworfener Erisapfel wirkt, zu einem heiligen Bindemittel zwischen ihnen werden; so kann und soll das, woran sich Krieg scheint entzünden zu müssen, sich zur festen Stütze eines neuen Friedens entwickeln.

Aber die Vorbedingung hiefür ist freilich das, was ich Entstaatlichung nenne. Wenn dieses neue Verhältnis werden soll, dann darf die Tatsache des staatlichen Verbandes nicht mehr die gleiche Rolle spielen wie bisher. Die heutigen Grenzpfähle müssen ausgerissen, die Welt freier und weiter werden. Vor allem ist dann notwendig, dass den nationalen und kulturellen Minderheiten in Bezug auf alles Nationale und Kulturelle, besonders den Gebrauch der

Muttersprache und die Ausübung der Religion, die weitgehendste Selbstbestimmung gewährt werde. Sie mögen dann über den Staatsverband hinweg, dessen Wichtigkeit derartig vermindert ist, sich ruhig mit den Genossen ihrer Nationalität und Kultur so eng verbunden wissen, als sie nur wünschen. Freilich werden sie dann auch keinen Anlass mehr haben, den Staatsverband aus nationalen oder kulturellen Gründen zu hassen.

Das ist für mich der Weg zur Lösung des nationalen Problems.

Was aber das wirtschaftliche betrifft, so erblicke ich ihn in einer neuen sozialen Ordnung, und zwar einer Ordnung der Solidarität. Die innere Notwendigkeit wird uns ganz von selbst dazu führen, dass wir das Wirtschaftsleben Europas im Rahmen einer ebenso orientierten Weltwirtschaft als eine Einheit auffassen. Die Zentralfrage der Rohstoffe muss diese Lösung finden. Es gibt keine andere. In dem Masse aber, als wir sie finden, wird es ziemlich gleichgültig, ob die lothringischen Erze und die oberschlesischen Erze und Kohlen auf dem deutschen oder polnischen oder französischen Boden liegen. Und auch die Frage der Kolonien verliert damit viel von iher Bedeutung. Nur diese neue Ordnung sichert uns allen Leben und Zukunft; im tierischen „Kampf um die Futterplätze" verderben wir diese und uns selbst. Schon bahnt sich diese neue Ordnung deutlich an, freilich zunächst mehr in kapitalistischer Form, als weltumspannende Vertrustung der Industrie; es ist unsere Aufgabe, ihr eine solidarische Orientierung zu geben. Genossenschaft, Gewerkschaft — international organisierte — Völkerbund, alle Bewegungen auf eine Einheit der Menschheit hin, müssen dieses Ziel zu dem ihrigen machen und im Ringen darum die geistigen Kräfte erschliessen, die nach und nach das Völkerleben aus einem Schlachtfeld zu einem Ackerfeld machen.

Das ist, meine ich, diejenige Revision des Versailler Vertrages, die wir anstreben müssen und allein anstreben können — die Revision nach vorwärts. Sie wird Deutschland alles geben, wessen es bedarf. Nicht, dass ich meinte, eine Revision nach rückwärts sei an keinem Punkte möglich. Ich bin immer noch der Meinung, dass seine ehemaligen Kolonien (mit Ausnahme von Kiautschau, das China gehört) Deutschland so rasch als möglich sollen zurückgegeben werden. Das um so mehr, als es Tatsache ist, dass ihre Verwaltung im grossen und ganzen ausgezeichnet war. Wenn diese Rückgabe in Form des Mandatsystems erfolgte, so wäre das eine Verbindung der Revision nach vorwärts mit der nach rückwärts. Zwar glaube ich nicht, dass Kolonien für ein Volk so viel bedeuten und ein so grosser Segen sind, aber es handelt sich hier um einen „Ehrenpunkt" und wenn die andern Kolonien haben, warum dann nicht auch Deutschland? So scheint mir Rückwärtsrevision auch im Osten da und dort möglich und nötig — ich erinnere bloss an

den polnischen Korridor — und ebenso im Süden, wo der unerträgliche Fehler der Zuteilung Südtirols, dieser urdeutschen Landschaft, an Italien, so rasch als möglich gut gemacht werden muss.

Aehnlich wird nach und nach noch vieles an Wiederherstellung früherer Zustände, wo solche erwünscht ist, möglich werden. Aber es wird gerade in dem Masse möglich werden, als die Revision nach vorwärts stattfindet. Denn dadurch wird die politische und psychologische Vorbedingung für diese Aenderungen: eine neue Atmosphäre und eine neue Orientierung geschaffen.

Also bleibt doch die Revision nach vorwärts die grosse Aufgabe. Sie löst die schwersten der Probleme. Denken wir an das Elsass. Es wird in dem Masse, als jene Entwicklung vor sich geht, das, was es offenbar providentiell sein soll, eine Kulturbrücke zwischen Deutschland und Frankreich. Es wird am besten staatlich bei Frankreich bleiben, dem ein deutsches Element gut tut. Frankreich aber wird die deutsche Sprache und Kultur im Elsass und Deutschland dafür seine jetzige staatliche Zugehörigkeit unangetastet lassen. Dann mag Strassburg, das französische, so gut ein Sitz deutscher Kultur sein, wie zu der Zeit, wo der junge Goethe am Strassburger Münster alter deutscher Art und Kunst inne wurde und mit seinen Freunden auf der Münsterterrasse Nächte durchschwärmte. Deutschböhmen aber und Oesterreich mögen in diesem weiteren Sinne wieder Glieder eines deutschen Kultur-Reiches sein. Ein föderalistisch gegliedertes Europa ist ja die ganz notwendige Voraussetzung und Konsequenz dieser neuen Ordnung.

Was kommen muss, das sind mit anderen Worten die Vereinigten Staaten von Europa. Wenn die letzte grosse Rede Herriots nichts Gutes enthalen hätte, ausser dieser Stelle, wo meines Wissens zum ersten Male der Leiter einer der heutigen Grossmäche sich zu diesem Gedanken warm und bestimmt bekennt, so bedeutete sie schon ein wohltätiges Ereignis. Der Völkerbund aber gehört dazu. Ihm muss Deutschland beitreten, wenn es Zukunft haben will. Und zwar uneigennützig, mit neuen Idealen. In diesem Rahmen wird es seine neue „Weltgeltung“ finden, seinen neuen Anteil an der Leitung und Gestaltung der Welt. Auf jedem andern Wege wartet seiner nur furchtbare Enttäuschung, ja Untergang. Das ist meine tiefe und sichere Ueberzeugung.

In diesem Sinne wollen auch wir unsere Kraft an die Revision des Versailler Vertrages setzen, an die Revision nach vorwärts, einer neuen Ordnung, einem neuen Leben entgegen. Nur auf diesem Wege treffen wir Gerechtigkeit und Frieden.

Es ist mir dabei wohl bewusst, dass für diese neue Ordnung und Denkweise eine vorausgegangene geistige Umwälzung nötig ist, eine, die die Menschen von den Idolen der alten Welt, dem nationalen Wahn und allerlei anderem, befreit. Diese Um-

wälzung kann nur aus der Erkenntnis und Anerkennung einer geistigen Welt stammen, die über uns allen ist und die alle Völker zu Gliedern eines einzigen geistigen Leibes macht; aus jenem Universalismus des Reiches Gottes, der nicht nur etwas Grösseres kennt, als Staat und Volkstum, sondern sich auch mit allen Völkern in Brüderlichkeit und Verantwortlichkeit verbunden weiss. Aber das ist ja gerade der Wert dieser neuen, dem Völkerleben gestellten Aufgaben, dass sie daran der höheren Wahrheit, ja, der höchsten Wahrheit inne werden sollen.

3. Die Schuldfrage.

Wir dürfen aber bei alledem namentlich eines nicht vergessen: dass wir alle viel Schuld abzubüssen haben. Ungerechtigkeit, die wir jetzt zu ertragen haben, ist vielleicht Folge von Ungerechtigkeit, die wir einst begangen. Sollen wir jene dadurch abschütteln, dass wir neue begehen?

Es begegnet uns auf unserem Wege die Schuldfrage. Von ihr ist in diesem Zusammenhange noch ein Wort zu sagen. Selbstverständlich kann sie hier nicht nach ihrer ganzen Breite und Tiefe behandelt werden. Das ist in den „Neuen Wegen“ schon geschehen und mag vielleicht, wenn es nötig werden sollte, wieder geschehen; heute soll nur ein kurzes Wort darüber gesagt werden, das Wort, das gerade nötig ist.

Es ist eine Hauptklage Deutschlands gegen den Versailler Vertrag, dass dieser die Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg behaupte. Das scheint aber ein Irrtum zu sein. Diese Alleinschuld wird nicht im Vertrag selbst, sondern bloss in der ihn begleitenden sogenannten Mantelnote, die nicht verbindlich ist, behauptet. Jedenfalls handelt es sich hier um eine offene Frage. Schon darum sollte auf deutscher Seite nicht so laut von der „Schuldlüge“ geredet werden. Es ist ja auch ganz klar, dass im Ernste niemand mehr von einer ausschliesslichen Schuld Deutschlands redet. Das ist auch niemals Försters Meinung gewesen. Ich selbst habe mich darüber stets mit voller Klarheit ausgedrückt. Es handelte sich um Zweierlei: einmal darum, eine anfangs sehr heftig behauptete völlige Unschuld Deutschlands zu bestreiten, sodann freilich auch eine besonders grosse Schuld Deutschlands zu betonen. Ich erkläre nun meinerseits, dass ich an diese immer noch glaube und dass keines der Dokumente, die in den Jahren nach dem Friedensschluss erschienen sind, mich darin im geringsten erschüttert hat. Aber wenn ich dies auch deutlich erklären muss, so doch auch, dass mir der Streit um das Mass der Schuld je länger je mehr unfruchtbar vorkommt. Am allerwenigsten erwarte ich etwas von „neutralen“ Kommissionen zur Prüfung der Schuldfrage. Die könnten bis zum jüngsten Tage nachmittags sitzen, ohne zu einer Entscheidung zu

gelangen. Und wenn sie auch vorher zu einer gelangten, wer wäre bereit ihr zuzustimmen? Woher nähmen die Richter die Masstäbe zur Prüfung der Schuld? Ist das Urteil über Schuld seiner Natur nach nicht immer subjektiver Natur, besonders da, wo es sich um sittliche, um religiöse Schuld handelt? Wenn religiöse Gemeinschaften sich auf dem Boden jener Forderung einer neutralen Prüfung stellen, so verirren sie sich. Man mag auf einem ethischen, menschlichen Boden von einer relativen, abzumessenden Schuld reden, auf dem Boden einer Betrachtung vor Gott ist die Schuld absolut und unendlich, also auch keiner Vergleichung fähig. Es gibt daher auf dem Boden des Glaubens in dieser Sache nur einen Weg zur Wahrheit und zum Frieden: dass jedes Volk all seine Schuld und noch mehr als diese willig auf sich nimmt, dass jedes mit sich ins Gericht geht, als ob es allein schuldig sei, ganz unbekümmert darum, was andere sagen und tun. Das ist der religiös allein richtige Weg, im Völkerleben nicht weniger als im Leben des einzelnen Menschen. Ich gehe, ganz wie zu Beginn des Krieges, so weit zu sagen: Wir alle, auch die, die nicht Krieg geführt haben, müssen die Schuld auf uns nehmen, wir müssen Busse tun, Busse für den Krieg, den wir alle verschuldet haben.

Eine Weltbusse für den Krieg, wobei jeder unendlich viel auf sich nimmt, das ist die innere Revision des Versailler Vertrages und in letzter Instanz der einzige Weg zum Frieden.

17. Februar. L. Ragaz.

Rundschau

Wohnungsnot und kein Ende! Vor einigen Wochen war im 6. Stadtkreis von Zürich eine bescheidene Wohnung in einer Seitengasse zu vermieten; 220 Familien bewarben sich um sie, und es soll vorgekommen sein, dass Männer bei dem Bescheid, sie sei schon vergeben, weinend wieder umkehrten. Wird es nun nicht, da allem Anschein nach doch so viel gebaut wird, endlich bald besser werden? Das zeigt sich als Illusion, wenn man bedenkt, dass seit dem Jahre 1918 in Zürich das jährliche Wohnungsangebot die Nachfrage nur zu einem kleinen Teil decken konnte; — die Zahl der neuen Wohnungen betrug nur ein Drittel, ein Viertel, oder gar ein Fünftel der Zahl der neugeschlossenen Ehen, und der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen, den man mit 2—3% als normal betrachtet, sank 1918—1919 auf 0,02 % und beträgt jetzt, alle Wohnungen eingerechnet, 0,19 %. Zieht man aber nur die wirklich vermietbaren (nicht auf Bestellung gebauten oder bereits vergebenen) Neuwohnungen in Betracht und scheidet dabei diejenigen mit mehr als vier Zimmern aus, so haben wir auch heute in der notwendigsten Kategorie nur einen Leerwohnungsbestand von 0,08 %, das heisst von ganzen 29 Wohnungen, von denen aber nur